Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 249. [50. Jahrgang.] Sonntag den 23. Oktober 1910. Zweite (Morgen-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 249.

. Berlin, den 22. Oktober.

Wochen-Rundschau.

In der englischen Presse und von ihr beeinflußt auch in zahlreichen festländischen Organen hatte sich in den ersten Tagen der verflossenen Woche eine lebhafte Erörterung über das künftige Schicksal Persiens entsponnen. Die Veranlassung dazu bot eine Meldung des Reuterschen Bureaus über ein sehr entschiedenes diplomatisches Vorgehen Englands gegen Persien und insbesondere die Auslegung, die die Times an den Schritt der britischen Regierung knüpfte. Nach der Reuterschen Depesche hatte die britische Regierung in einer energischen Note an Persien darauf hingewiesen, daß sich ernste Folgen ergeben würden, wenn die Wiederherstellung der Ordnung im Süden des Reiches ungebührlich verzögert werde. Eine weitere Meldung desselben Bureaus gab den Inhalt der Note dahin an, daß England erkläre, es würde, falls innerhalb dreier Monate die Ordnung in Südpersien nicht wieder hergestellt sei, gezwungen sein, bestimmte Maßnahmen zur Einsetzung einer Lokalgewalt unter dem Kommando englisch-indischer Offiziere zu treffen. Die Kosten würden durch einen Zuschlag auf die Zölle im Persischen Golf gedeckt werden. Sollte sich die Aushebung einheimischer Truppen als unmöglich herausstellen, so würden, wie man annimmt, indische Truppen einrücken. Der Teheraner Korrespondent der Times lieferte hierzu eine Erläuterung, in der ausgeführt wurde, die Note enthalte die bestimmte Ankündigung von entschiedenen, weitreichenden Maßregeln, die England bei gewissen bedauerlichen Eventualitäten ergreifen werde. Diese Maßregeln würden das Ende der Politik der Nichteinmischung bedeuten, und die Russen würden dann wahrscheinlich im Norden dem Beispiel folgen. Die einzige Möglichkeit für eine Anleihe sei daher die tatsächliche Teilung. Die englische Regierung würde es natürlich vorziehen, bei der bisherigen Politik zu bleiben, aber sie hege zugleich den Wunsch, die Lage in möglichst vollkommener Harmonie mit der russischen Regierung zu behandeln.

Diese Mitteilungen und Ausführungen wurden von englischen Blättern und ebenso vielfach von der Presse des Festlandes als Ankündigungen einer bevorstehenden Teilung Persiens zwischen England und Rußland betrachtet. Inzwischen hat in Europa sowohl wie in Persien eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen, nachdem bekannt geworden ist, daß die englische Regierung die ihr von einigen Londoner Blättern zugeschriebenen Ziele mit Bezug auf Persien nicht verfolge und namentlich keinerlei Eingriffe in die Integrität Persiens beabsichtige. Die persische Regierung erblickt den Kernpunkt der Schwierigkeiten, mit denen sie im allgemeinen und besonders bei der Herstellung der Ordnung im Süden zu kämpfen hat, im Geldmangel, dem durch die von ihr betriebene Aufnahme einer Anleihe abgeholfen werden soll.

Heute nachmittag ist noch nachstehende Drahtmeldung eingegangen:

London, 22. Oktober. Wie das Reutersche Bureau aus Teheran meldet, hat die persische Regierung heute dem englischen Gesandten ihre Antwort auf die Note der britischen Regierung überreicht. Die Antwort entspricht den bereits telegraphisch gemeldeten Grundzügen. Die Note weist auf die dem neuen Regime zu verdankende Besserung der Verhältnisse hin. Wenn die persische Regierung auch selbst eine zehnprozentige Erhöhung der Zolleinnahmen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Anleihe angeregt habe, so könne sie doch nicht die Anwesenheit britischer Offiziere im Lande gestatten. Die Note betont den allgemeinen Aufschwung des Handels, daher hätten die ausländischen Kaufleute kein Recht, sich zu beklagen.

* * *

Ueber den Verlauf der französisch-türkischen Anleiheverhandlungen waren in den letzten Tagen einander widersprechende Nachrichten verbreitet. Die von gestern und von heute datierten Konstantinopeler Meldungen deuten auf ein Scheitern der Verhandlungen hin. Am Mittwoch wurden in Paris die Bedingungen bekannt gegeben, unter denen der Türkei eine Anleihe in Höhe von 150 Mill. Frank gewährt werden sollte. Danach sollten als Bürgschaft für entsprechende Verwendung des Anleihebetrages zwei von der französischen Regierung bestimmte französische Beamte wichtige Posten in der türkischen Finanzverwaltung einnehmen, der eine als Direktor der Finanzgebarung, der andere als Mitglied des Konstantinopeler Rechnungshofes. Frankreich sollte außerdem eine Meistbegünstigungsklausel erhalten, nach der bei Bestellung von Kriegsmaterial, Schiffen usw. im Auslande kein Land mit einer größeren Bestellung bedacht werden dürfte als Frankreich. Nach der Konstantinopeler Jeni Gazetta hat der Finanzminister am Freitag dem französischen Botschafter erklärt, er könne keine mit der Würde der türkischen Regierung unvereinbaren Anleihebedingungen annehmen und höchstens einen französischen Fachmann zur Einführung einer gründlichen Reform des Finanzdienstes im Finanzministerium zulassen. In der türkischen Hauptstadt verlaute, wenn die französische Regierung auf ihrem Standpunkte beharre, werde die Pforte eine sehr vorteilhafte Anleiheofferte einer anderen Gruppe berücksichtigen. Nach einer Konstantinopeler Meldung der Frankfurter Zeitung vom Freitag mittag galten die Verhandlungen bereits zu dem angegebenen Zeitpunkt als gänzlich abgebrochen.

* * *

Der Ausstand der französischen Eisenbahner ist zu Ende; auch die am längsten im Ausstande verbliebenen Angestellten der Südbahn haben am Freitag nachmittag die Arbeit wieder aufgenommen. Von den Sympathiestreiks anderer Arbeiterkategorieen ist es gleichfalls ganz still geworden. Die Einberufung der militärpflichtigen Eisenbahner zu den Fahnen hat eingestellt werden können. Am nächsten Dienstag, beim Wiederbeginn der parlamentarischen Tätigkeit, wird Ministerpräsident Briand, der mit Energie und Kaltblütigkeit Frankreich davor bewahrt hat, daß der für die ökonomischen Verhältnisse und das gesamte Leben des heutigen Staates so unentbehrliche Eisenbahndienst lahmgelegt wurde, in der Deputiertenkammer die zu dem Eisenbahnerausstand eingebrachten 25 Interpellationen beantworten. Wie er bei seinem entschiedenen Vorgehen gegen die Ausstandsbewegung, die er weniger als eine wirtschaftliche denn als eine revolutionäre betrachtet hat, die öffentliche Meinung für sich hatte, so wird sich voraussichtlich auch die Mehrheit der Landesvertretung mit seinen Maßnahmen einverstanden erklären. Nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft leistete dem Ausstandsgebot der Eisenbahnersyndikate und des sozialistischen Generalrats der französischen Arbeiterschaft, der den Ausstand ins Werk setzte, Folge. Der Einberufung zu den Fahnen wurde im Verhältnis von 12 zu 13 der Einberufenen entsprochen, obwohl bei Beginn des Ausstandes erklärt worden war, dem Einberufungsbefehl würden die Eisenbahner nicht nachkommen. Eine vom Ausstandskomitee für vergangenen Montag geplante große öffentliche Kundgebung im Bois de Vincennes, bei der die Veranstalter sich dafür verbürgen wollten, daß die Ordnung nicht gestört und kein Umzug in Paris veranstaltet würde, wurde von der Regierung kurzerhand verboten, worauf das Streikkomitee die öffentliche Kundgebung aufgab. Und das geschah in dem republikanischen Frankreich durch ein Ministerium, in dem drei ehemalige Sozialistenführer sitzen! Man erinnere sich im Gegensatz hierzu des Getöses, das von sozialdemokratischer Seite in Deutschland vollführt wurde, als seinerzeit die Berliner Polizeiverwaltung gegen die öffentlichen Wahlrechtsdemonstrationen Stellung nahm. Briand hat ferner Verhandlungen mit der meist aus Sozialisten bestehenden parlamentarischen Gruppe, die sich aus Anlaß des Eisenbahnerausstandes gebildet hatte, rundweg abgelehnt und erklärt, die Regierung sei entschlossen, die Verantwortung für die notwendigen Entscheidungen selbst zu tragen und dem Parlament zu überlassen, sich über ihr Verhalten auszusprechen. Das Personal der Eisenbahnen werde in Zukunft zu der Erkenntnis kommen, daß die Regierung seinen Angelegenheiten niemals teilnahmlos gegenübergestanden habe. Zweifellos wird die Regierung bemüht sein, in der Lohnfrage Zugeständnisse für die Eisenbahner zu erlangen. Fraglich erscheint es, ob sie eine Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahnangestellten befürworten wird. Die Eisenbahner haben bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen. Die Vorgänge dieser Wochen haben bewirkt, daß bei den französischen Mittelparteien die Forderung hervorgetreten ist, das Syndikats- und Streikrecht der Eisenbahner einzuschränken bezw. aufzuheben. Eine bemerkenswerte Rolle haben bei dem Ausstand auch die ordentlichen Gerichte gespielt. Sie waren rasch bei der Hand, um rücksichtslos und scharf sowohl in der Bemessung der Strafe wie in der Auslegung des Tatbestandes Behinderungen der Arbeitsfreiheit zu ahnden. So hat die achttägige Arbeitsunterbrechung nichts anderes zur Folge, als daß zahlreiche Eisenbahner aus dem Dienst entfernt und brotlos wurden, daß der französische Handel schwere Störungen und einen Schaden von Millionen erlitt, und daß des Bürgertums sich eine tiefe Erbitterung gegen die Feinde der öffentlichen Ordnung bemächtigt hat, die auch den berechtigten Interessen der Arbeiter schaden kann. Wenn die Streikleitung auch die Verantwortung für die vielfach vorgekommenen Eisenbahnbeschädigungen von sich abschütteln will, so trifft sie doch die Schuld dafür, daß zahlreiche verbrecherische Anschläge gegen die öffentliche Sicherheit und Vergewaltigungen Arbeitswilliger begangen worden sind.

* * *

In Wiener politischen Kreisen stellt man, wie uns aus Wien geschrieben wird, mit Befriedigung den ungeachtet mancher vorübergehenden Hemmungen günstigen Fortgang der deutsch-tschechischen Verständigungsverhandlungen in Prag fest. Man glaubt sich jetzt der Erwartung hingeben zu dürfen, daß, wenn nicht unvorhergesehene Rückschläge eintreten, die Beratungen der nationalpolitischen Landtagskommission und ihrer Unterausschüsse solche Ergebnisse zeitigen werden, daß das Landtagsplenum in die Lage kommen wird, wenigstens einige der schwebenden Streitfragen endgültig zu regeln, die Vereinigung der übrigen aber in bestimmte Aussicht zu stellen. Damit würde dann wohl, nach der gegenwärtig in deutschen wie tschechischen Kreisen überwiegenden Stimmung zu schließen, die Voraussetzung für die genehmigende Erledigung der Steuervorlagen zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten des Landes Böhmen gewonnen sein. — Ueber den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts des österreichischen Reichsrats ist bisher noch keine endgültige Entscheidung getroffen, doch dürfte der Reichsrat sich schwerlich vor Mitte November versammeln. Was die in letzterer Zeit wieder verbreiteten Gerüchte von einer Rekonstruktion des österreichischen Kabinetts betrifft, so kann nur wieder gesagt werden, daß diese Frage noch nicht auf der politischen Tagesordnung steht und auch schwerlich in den Vordergrund treten wird, solange nicht die Verhältnisse in Böhmen geordnet und solange nicht im österreichischen Abgeordnetenhause die sachlichen Voraussetzungen für eine etwaige Kabinettsumbildung geschaffen sind.

* * *

Nach einer uns aus Budapest zugehenden Zuschrift weist man in ungarischen politischen Kreisen darauf hin, daß das Kabinett Khuen-Hedervary mit zielbewußter Entschiedenheit an die Lösung jener Probleme herangetreten ist, welche in Ungarn seit Jahren als die schwierigsten und heikelsten betrachtet werden, und durch welche die mannigfachen Erschütterungen der letzten Jahre herbeigeführt worden sind, ohne daß es den einander folgenden Regierungen gelungen wäre, diese Fragen einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Diese wichtigen Probleme, welche in der nächsten Zukunft das politische Leben Ungarns beherrschen werden, sind die Erneuerung des Privilegiums der gemeinsamen Notenbank und die Reform des Wehrgesetzes.

Die ungarische Regierung steht auf der Grundlage der Bankgemeinsamkeit und wünscht das Privilegium der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu verlängern, sofern es ihr gelingt, im Rahmen der neuen Vereinbarung die wirtschaftlichen Interessen Ungarns zu wahren. An der Organisation der gemeinsamen Notenbank wünscht die ungarische Regierung keine wesentlichen Aenderungen vorzunehmen, da die gegenwärtige Organisation die paritätische Stellung Ungarns entsprechend zum Ausdrucke bringt. Hingegen vertritt das Kabinett Khuen-Hedervary nachdrücklich den Standpunkt, daß es dem Lande die obligatorischen Barzahlungen bringen müsse. Die Aufnahme der Barzahlungen ist bekanntlich im Programm der nationalen Arbeitspartei enthalten, und der Ministerpräsident selbst sowie Finanzminister v. Lukacs, Graf Stefan Tisza und sämtliche Abgeordnete der Regierungspartei haben vor ihrer Wählerschaft sehr bestimmte Erklärungen dahin abgegeben, daß sie die Aufnahme der Barzahlungen im Interesse Ungarns für unbedingt notwendig erachten, und zwar um so mehr, als diese Maßregel nur eine gesetzliche Feststellung des tatsächlichen Zustandes bedeute und die Krönung der mit so vielen Opfern durchgeführten Valutareform bilde. Die ungarische Regierung hält daran fest, daß alle jene wirtschaftlichen und politischen Bedingungen strenge präzisiert werden müßen, unter denen dann die Regierungen von Oesterreich und von Ungarn zu verfügen haben würden, daß die gemeinsame Notenbank die Goldzahlungen nunmehr auf obligatorischer Grundlage aufzunehmen habe. Die ungarische Regierung verhehlt sich nicht, daß sie in der Frage der Regelung des Bankprivilegiums mit einer sehr scharfen Opposition rechnen müsse, und daß ihre parlamentarische Lage sich ernstlich verschlechtern könnte, wenn sie die Gegner der Bankgemeinsamkeit in die Lage versetzen würde, geltend zu machen, daß im Rahmen der Bankgemeinsamkeit selbst die von der Regierung im Interesse Ungarns für notwendig erachteten finanziellen Maßnahmen nicht zu verwirklichen seien.

Was das neue Wehrgesetz betrifft, so sind das Kabinett Khuen-Hedervary und die gesamte Regierungspartei entschlossen, dieses zu votieren und für die als notwendig erkannte intensive und extensive Entwicklung der Wehrmacht die erforderlichen Mittel der Heeresleitung zur Verfügung zu stellen. Dies ging auch schon aus der Programmrede des Kabinettschefs klar hervor. Regierung und Regierungsmajorität erachten es im Interesse des Landes, daß die Monarchie über eine starke, tüchtige und moderne Wehrmacht zu ihrer Verteidigung verfüge. Sie wünschen aber auch die Durchführung des sogenannten Programms des Neuner-Komitees, eines Programms, das bekanntlich seinerzeit vom Monarchen gutgeheißen wurde, und das auch bereits teilweise durchgeführt ist. Derzeit harren der Realisierung noch zwei Punkte des erwähnten Programms, von denen der eine die Schaffung einer modernen Militärprozeßordnung, in welcher die ungarische Staatssprache zur Geltung gelangen soll, der andere die Regelung der Frage der militärischen Wappen und Embleme betrifft. Die militärischen Fragen dürften wohl erst der zweiten Delegation im Januar nächsten Jahres zur Beschlußfassung vorliegen, doch hegt die ungarische Regierung den Wunsch, in der Lage zu sein, schon jetzt dem Lande deutlichen Aufschluß zu geben und im Falle einer Anfrage in der Oktoberdelegation bestimmte Antwort zu erteilen, damit bis zum Zeitpunkte der Beschlußfassung die öffentliche Meinung sich genügend geklärt habe. Gegenwärtig werden Verhandlungen gepflogen, um das Einvernehmen aller kompetenten Faktoren herbeizuführen. Die Kosten des Ausbaues der gemeinsamen Wehrmacht sind von den Delegationen zu votieren, das neue Wehrgesetz selbst aber gelangt im ungarischen Parlamente zur Verhandlung. Die Regierung wird hierbei vielleicht auch diesmal keinen ganz leichten Stand haben, und jedenfalls würde ihre Position sowie diejenige der Regierungspartei durch die Durchführung des Neuner-Programms ganz bedeutend gestärkt werden. Die Regelung der beiden hochwichtigen Probleme wird voraussichtlich starke Bewegung in das politische Leben Ungarns bringen, und es ist kaum anzunehmen, daß vor dem Ablaufen dieser Bewegung die Regierung der Durchführung der Wahlreform und der Reform der Komitatsverwaltung näher treten wird.

* * *

Die innerpolitische Lage Griechenlands hat in den letzten Wochen eine wesentliche Klärung erfahren: Zum Präsidenten der Nationalversammlung ist der Revisionist Hößlin gewählt worden, das Kabinett Dragumis ist, gemäß seiner Ankündigung, nach der Konstituierung des Vorstandes der Nationalversammlung zurückgetreten, Venizelos hat die Kabinettsbildung übernommen und sofort ein neues Kabinett zu stande gebracht, in welchem er selbst neben dem Vorsitz das Portefeuille des Krieges und interimistisch das der Marine und ferner Gryparis, der bisherige Gesandte in Konstantinopel, das Ministerium des Aeußeren übernommen hat. Hößlin, Venizelos und Gryparis sind somit die drei Männer, die in der nächsten Zeit im Vordergrund des öffentlichen Lebens Griechenlands stehen werden. Die Wahl Hößlins erfolgte mit 175 von 334 Stimmen, also mit geringer Mehrheit. Für ihn stimmten Rhallys, Theotokis und Zaimis mit ihren Anhängern, sowie einige Unabhängige. Der auch von Venizelos unterstützte Gegenkandidat der unabhängigen Konstitutionalisten Ractivan erhielt nur 103 Stimmen, während auf Monferratos, den Kandidaten der Mavromichalis-Partei, die die Umwandlung der Nationalversammlung in eine Konstituante wünscht, nur 48 Stimmen entfielen. Hößlin entstammt bayerischen Einwanderern, die mit König Otto nach Griechenland kamen, und ist in Athen als Rechtsanwalt hoch angesehen. Er war von jeher ein eifriger Verfechter der Idee der Einrichtung des Senats neben der Deputiertenkammer. In die Nationalversammlung wurde er als Kandidat des kaufmännischen Verbandes gewählt. Bei Uebernahme des Kammerpräsidiums erklärte er folgendes: „Meiner Wahl lege ich die Bedeutung bei, daß Sie einen Präsidenten wollen, der frei von jeder Parteifärbung ist. Während meines ganzen verflossenen Lebens bin ich auch nicht einen Augenblick Anhänger oder Befürworter irgendeiner persönlichen Partei gewesen. Im Gegenteil trennte mich schon seit einer langen Reihe von Jahren eine tiefe Kluft von den persönlichen Parteien wegen des Prinzips, das ich verkünde, daß die Wiederaufrichtung des Staatswesens einen radikalen

---

„Maria mit Musik."

Von Friedrich Werner van Oestéren-Wien.

[Nachdruck verboten.]

„Weißt, daß es so was bei uns in Oesterreich noch gibt, hätt' ich überhaupt nicht für möglich gehalten." Der Kadettwachtmeister Baron C., der an diesem Vormittage, drei Tage später als ich, zur Waffenübung eingerückt war, sagte es mit schmerzlichem Näseln, als wir vom Barackenlager zum Städtchen schritten. Der Weg war zwar in etwa 20 Minuten zurückzulegen, aber ein Vergnügen war das nicht; denn der Staub lag hoch auf der schattenlosen, von der Maisonne durchglühten Straße.

Ich zuckte lächelnd die Achseln. „Hast Du denn noch nie von unseren galizischen Garnisonen gehört, mein Lieber?" Wir können uns gratulieren, daß wir Schwadronen in der Stabsstation hier zugeteilt sind. Die drei anderen Schwadronen des Regiments sind viel elender dran."

Der übermäßig gepflegte junge Baron in seiner funkelnagelneuen, mit allerhand unvorschriftsmäßigem kleinen Luxus geschmückten Ulanenuniform seufzte und schüttelte den Kopf. „Noch elender? Ist nicht auszudenken."

„Na, Du wirst's ja sehen", verhieß ich ihm. „Das hier ist noch eine Stadt; es gibt aber auch Dörfer mit 100 bis 300 Einwohnern als Garnisonen. — Wo hast Du denn übrigens gedient?"

„Natürlich in Wien in der Freiwilligenschule und dann beim Regiment in Pardubitz. Wie ich zu Weihnachten gelesen hab', daß ich hier herauf zu den Ulanen komm' . . ., weißt, da hab' ich gemeint, der Schlag trifft mich."

Da ich daraufhin nichts zur Erwiderung fand, als ein herzloses Lachen, fügte Baron C. die Frage an: „Na, und Du? Dir wird's doch auch nicht anders gegangen sein. Ein Panje bist Du ja auch nicht. Du lebst doch auch in Wien."

„Und bin in Böhmen ansässig; stimmt", bestätigte ich. „Aber bei der Assentierung in Prag habe ich erklärt, daß ich mein Freiwilligenjahr bei den Schwarzenberg-Ulanen machen will."

Mein Kamerad sah mich entgeistert an und blieb vor Ueberraschung stehen. „Weißt, sich freiwillig nach Galizien melden, das hab' ich noch nicht gehört", erklärte er dann.

„Na ja, jeder tut's auch nicht", gestand ich zu und schritt weiter. „Ich hab' einen Freund beim Regiment gehabt, und so kam es. Das Leben in Lemberg, wo die Freiwilligenschule war, war übrigens sehr flott, Tarnow ist keine so gottverlassene Garnison, und an die Kaisermanöver, voriges Jahr, denk' ich mit Vergnügen zurück. Wie's hier ist, weiß ich noch nicht recht. Jedenfalls bedauere ich nicht, Galizien kennen gelernt zu haben. Die Schlachta, die Bauern und die Juden, die Landschaft, das ganze Leben hier — alles das ist ungeheuer interessant; Du wirst ja sehen. Für uns Mitteleuropäer ist dieses Stück Asien geradezu ein Erlebnis."

„Na, ich dank' schön", meinte der andere in sehr verächtlichem Tone. „Wenn Du dreckig interessant nennst, so ist das Geschmacksache. Ich für meine Person, weißt, bin Europäer. Nach allem, was ich gehört hab', sind die Leute hier mehr Asiaten als Menschen, und die Wanzen sind ihre Wappenviehcher."

Ich lächelte wieder überlegen. „A la guerre comme à la guerre. Glaub' mir, es schadet uns nichts, wenn wir auch das kennen lernen. — So, da sind wir also bei meinem Freund Baruch Milch, der auch Dein Freund werden muß. Komm' mit!"

Mein Kamerad vereitelte vorerst meine Absicht, in den Laden Baruch Milchs einzutreten, indem er mich am Aermel festhielt. „Wozu muß ich denn da hinein? Schöner Freund übrigens. Weißt, ich begreif' nicht, wie man solche Kerls nur anrühren kann. Wenn ich so einen in Wien seh', weich' ich doch auf hundert Schritt aus."

„Du bist aber nicht in Wien, und hier in Galizien ist man ohne die Juden einfach verloren. Wenn Du Wohnung brauchst, wendest Du Dich an den Wohnungsjuden, für Futter an den Haferjuden, für Möbel an den Möbeljuden etcetera; sonst kriegst Du eben nichts. Ich kann Dir in meinem Zimmer oben im Barackenlager nur vorübergehend Quartier geben und brauche auch dazu noch ein Bett. Wohnung, Möbel und sonstiges wird Dir mein Freund Milch besorgen, der eine Perle ist. Also komm!"

„Na, schöne Zuständ'", meinte kopfschüttelnd und seufzend der Baron und folgte mir mit Duldermienen in den Laden.

Was diesem an Größe und Vornehmheit fehlte, ward durch Schmutz, Enge und Originalität reichlich ersetzt. Möbel und Spezereiwaren, alle militärischen Bedarfsartikel und Haushaltungsgegenstände, Insektenpulver und zugleich Insekten selbst — alles, alles, was man in solch einem galizischen Neste brauchen konnte oder vermeiden wollte, konnte man bei Baruch Milch verlangen und größtenteils auch erhalten, wenn man auf Güte, Schönheit und Neuheit nicht allzu großes Gewicht legte. Der Händler selbst, ein graubärtiger Jude mit Schläfenlöckchen, einen fleckigen alten Kaftan am Leibe, das kleine, flache Käppchen auf dem Haupte, führte, als ich mit meinem Kameraden eintrat, eben ein eifriges Gespräch mit einer hübschen jungen Bäuerin. Zwischen den beiden stand auf einem Fleckchen des vollgeräumten Ladentisches ein ziemlich großes eingerahmtes Muttergottesbild. Die Bäuerin betrachtete es andachtsvoll und verlangend, während der Händler es ihr offenbar gerade angepriesen hatte. Er unterbrach aber sofort seine geschäftlichen Auseinandersetzungen, als er unser ansichtig wurde.

„O, die hochwohlgeborenen Herren Kadetten, was fier e große Ehr'", sagte er. Die junge Bäuerin rückte, vor Ehrfurcht fast ersterbend, in eine Ecke, duckte sich ganz klein, als wollte sie sich unsichtbar machen.

Vor den Augen des Barons fanden sichtlich weder das Weib, noch der alte Mann, noch auch dessen Schatzkammer Gnade; er blickte wie angeekelt um sich, führte ein Schnupftuch an die Nase und hatte offenbar den dringenden Wunsch, möglichst rasch dieses reichhaltige Geschäftshaus zu verlassen. Diesen Wunsch teilte ich, der schon Abgestumpfte, aber gar nicht; mich interessierte der Handel, der da im Gange war, und ich forderte den Händler auf:

„Baruch, laß er sich nicht stören! Wir haben Zeit. Was verschachert er da grad'?"

Mein Kamerad warf mir einen entsetzten, dem Juden einen gnädig billigenden Blick zu, als Baruch dienstbeflissen erklärte: „O, zuerst kommen die hochwohlgeborenen Herren. Kann das Weib nix warten?"

Ich wandte mich jedoch der Bäuerin zu. „Sie will also das Bild da kaufen?" fragte ich sie in meinem mangelhaften, halb tschechischen Polnisch.

Das junge Weib zuckte erschrocken, verbeugte sich tief und wollte mir die Hand küssen. Ich wehrte ab und wiederholte meine Frage.

„Ich falle zu Füßen, ich küsse die Hände, hochedelgeborener Herr", sagte sie nun. „O, so sehr gerne möchte ich das wunderschöne Bild der hochheiligen Frau mit dem Jesuskinde haben."

Diese Aeußerung vertrieb sogleich Baruchs Etikettebedenken und gab ihn mit Herz und Hirn, Lippen und Händen dem Geschäfte zurück. „E so e schönes Bild. Sag'n Se selbst, hochwohlgeborner Herr Kadett, ob Se in Lemberg oder Krakau oder sogar in Wien e scheneres geseh'n hab'n! Hab' ich's doch selbst kommen lassen aus — nu, natierlich aus Wien. Und Se werd'n staunen, wenn Sie hern, was ich verlang' dafier. Ich verlier' daran. Aber weil die Marinka is e so e brave Frau, soll se's hab'n um —" Er unterbrach sich, um zu ächzen, und schloß dann mit tränengewürgter Kehle: „um vierzig Kronen, die se kann bezahl'n in acht, in zehn, — wenn se will, in zwelf Raten. Sag'n Se selbst, hochwohlgeborner Herr Kadett!"

Ich betrachtete das Bild und meinte kopfschüttelnd: „Baruch, ich halte das Bild zwar für ein Pariser Originalgemälde; aber auch dafür sind vierzig Kronen viel."

Milch geriet in größte Aufregung, streckte die Hände himmelwärts und folgte ihnen mit den Blicken. „So soll mich der Schlag treff'n, wenn ich nicht hab' gezahlt fufzig in — nu, natierlich in Wien. Und da hab' ich's bekommen zu e Vorzugspreis. Hochwohlgeborner Herr Kadett, Se werden nix sag'n, daß das Bild is teuer, wenn Se hern, daß es kann singen."

„Was?" fragte ich, sah mir das Bild näher an und entdeckte am unteren Rahmenrande einen grünen Faden. „Ah so, spielen, Baruch."

„Is das e Unterschied? Spielen und singen — is das nix beides e Musik?"

„Na ja," gestand ich zu und zog die Schnur. Ein Kirchenlied ertönte. Die Bäuerin bekreuzigte sich, faltete die Hände und blickte wieder andächtig und verlangend, während Baruch Milch verzückt die Augen himmelwärts drehte und mit einer Hand den Takt zur Musik schlug. Sogar der Baron gab ein Zeichen der Teilnahme von sich: er lächelte.

Als das Lied verklungen war, nahm der Händler gleich wieder das Wort: „Und nu sag'n Se, hochwohlgeborner Herr Kadett, ob das nix is e ganzes Wunder? Hab'n Se schon emal e so e schene und wundertätige liebe gute Gottesmutter geseh'n? So soll ich selbst nix kommen in Abrahams Schoß, wenn der Mensch, der e so e gute Gottesmutter besitzt und fleißig zu ihr bet't, nix kommen tut zum guten Herrn Christus in die ewige Seligkeit. Sag'n Se selbst!"

Da ich dem Händler das Geschäft nicht verderben wollte, erklärte ich mit würdevollem Ernst: „Recht hat er, Baruch."